

Il ricorso 19 settembre 1878 del sig. Domenico Mariotta, di Orselina, contro la sentenza 5 luglio 1878 della Camera correzionale di appello del cantone del Ticino, è respinto perchè privo di fondamento.

IV. Gerichtsstand. — Du for.

3. Gerichtsstand des Wohnortes. — For du domicile.

5. Urtheil vom 25. Januar 1879 in Sachen
Haueter.

A. Gestützt auf einen Wechsel folgenden Inhaltes:

„Mettmensetten, den 2. Februar 1878. Per Fr. 500.

Den zweiundzwanzigsten April zahlen Sie gegen diesen Sola-
wechsel an die Ordre des Heinrich von Tobel von Mettmensetten
Franken fünfshundert, den Werth in Waare empfangen und stellen
ihn auf Rechnung laut Bericht.

Herrn	Heinrich von Tobel.
Friedrich Haueter, Senn	
in Dietweil.	Zahlbar an H. Heinrich von Tobel.
Zahlbar bei der Kreditanstalt Luzern,“	

in welchem das Accept und die Worte « zahlbar an H. Heinrich von Tobel » von Haueter geschrieben sind, das Uebrige dagegen von der Hand des Trassanten herrührt, — belangte die Kreditanstalt in Luzern, welche in Folge Indossament in den Besitz des Wechsels gekommen war, den Haueter wechselrechtlich in Luzern. Letzterer verlangte Aufhebung der Betreibung, weil der Domizilvermerk dem Wechsel erst nach der Acceptation beigefügt worden und daher der Wechsel kein Domizilwechsel sei. Allein das Bezirksgerichtspräsidium Luzern wies durch Verfügung vom 10. Juli 1878 die Einsprache des Haueter ab, weil derselbe die nach § 97 der Luzernischen Wechselordnung geforderte Deposition des Wechselbetrages nicht geleistet habe und daher seiner Bestreitung keine rechtliche Wirkung beigelegt werden könne. Die

Justizkommission des Obergerichtes bestätigte, auf erhobenen Rekurs, unterm 19. September 1878 diesen Entscheid, gestützt darauf, daß der Wechsel ein domizilirter sei und daher dem Wechselgläubiger gemäß § 96 Abs. 3 der Wechselordnung freistehe, den Schuldner an seinem Wohnorte oder im Wechseldomizil zu belangen, und daß mit der Bestreitung nicht zugleich auch die Deposition des Wechselbetrages erfolgt sei.

B. Mit Rekurschrift vom 25. Oktober 1878 beschwerte sich Haueter über diesen Entscheid beim Bundesgerichte. Er stellte das Begehren, daß derselbe aufgehoben und die gegen ihn angehobene Betreibung als verfassungswidrig erklärt werde, und führte zur Begründung an: Er sei aufrechtstehend und besitze in Kleindietweil einen festen Wohnsitz; die Wechselforderung sei eine persönliche und widerspreche deshalb die in Luzern angehobene Betreibung dem Art. 59 der Bundesverfassung. Nun sei allerdings ein Verzicht auf den verfassungsmäßigen Gerichtsstand und eine Anerkennung des Luzernischen als forum prorogatum gedenkbar, wenn er bei Acceptirung des Wechsels durch Domizilirung desselben Luzern als Zahlungsort und Gerichtsstand klar anerkannt hätte; allein eine solche Anerkennung liege nicht vor. Nun habe er aber gleichzeitig mit der Acceptation durch den Zusatz: „zahlbar bei Heinrich von Tobel“ den Wechsel nach Mettmensetten domizilirt und ein anderer Domizilvermerk sei damals auf dem Wechsel nicht vorhanden gewesen. Er habe nie daran gedacht, sich den Luzernischen Gesetzen zu unterwerfen. Der Wechsel, wie er jetzt laute, enthalte zwei sich widersprechende Domizilvermerke und die Folge hievon sei, daß beide wirkungslos bleiben. Jedenfalls könne aus dem Wechsel nicht die Willenserklärung des Schuldners entnommen werden, daß er auf seinen verfassungsmäßigen Gerichtsstand zu Gunsten des Luzernischen Verzicht leiste. Hierzu bedürfte es einer unzweifelhaften und unbestrittenen bestimmten Erklärung des Bezogenen selbst, die in concreto fehle.

C. Namens des Indossanten der Kreditanstalt in Luzern und des Indossators des Heinrich von Tobel, Rudolf von Tobel in Mettmensetten, trug Advokat Dr. Zemp auf Abweisung der Beschwerde an, indem er auf dieselbe entgegnete: Die Behauptung

des Rekurrenten, der Wechsel sei nicht in Luzern domizilirt, sei, wie sich aus dem Wechsel ergebe, unrichtig. Der Domizilvermerk „zahlbar bei der Kreditanstalt Luzern“ sei nicht erst nach der Acceptation zugefügt worden und der Zusatz des Haueter sei kein Domizilvermerk, derselbe habe keinen Sinn und keine Bedeutung, weil die Unterschrift mangle. Durch das Wechselaccept habe sich Rekurrent den Gesetzen des Kantons Luzern unterworfen und es kommen namentlich in Betracht die §§ 23, 24 und 96 der dortigen Wechselordnung, auf welchen der angefochtene Entscheid beruhe. Uebrigens habe Rekurrent sich auch des Rechtes begeben, der Exekution zu widersprechen, indem er unterlassen habe, bei seiner Einwendung den Betrag der Wechselforderung zu deponiren, beziehungsweise um Entbindung dieser Verpflichtung nachzusuchen. (§§ 97 und 98 der luzernischen Wechselordnung.)

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Die Anwendbarkeit des luzernischen Wechselgesetzes auf den Rekurrenten hängt davon ab, ob der Fakt. A erwähnte Wechsel Luzern als besondern Domizilort benenne. Ist letzteres nicht der Fall, so unterliegt Rekurrent der luzernischen Gerichtsbarkeit nicht und können daher aus Nichtbeachtung der in den §§ 97 und 98 der luzernischen Wechselordnung enthaltenen Vorschriften, insbesondere daher aus der Nicht Hinterlegung der Wechselsumme keine Rechtsnachteile für denselben folgen.

2. Nun behauptet Rekurrent allerdings, der fragliche Wechsel habe bei der Acceptation den Domizilvermerk „zahlbar bei der Kreditanstalt Luzern“ noch nicht getragen, sondern es sei derselbe erst nachträglich beigefügt und der Wechsel insofern nach dessen Annahme verändert worden. Nun ist aber diese Veränderung äußerlich nicht erkennbar und hätte daher dem Rekurrenten obgelegen, den Nachweis für dieselbe zu erbringen, indem nach einem allgemeinen Grundsatz des Wechselrechtes aus der Richtigkeit der Unterschrift, des Acceptes, so lange die Anerkennung des äußerlich fehlerfreien Inhaltes des Wechsels folgt, als nicht dessen Veränderung nachgewiesen ist. Einen solchen Beweis hat aber Rekurrent, trotz spezieller Aufforderung, weder geleistet noch auch nur anerbotten.

3. Dagegen fragt es sich, ob in Folge des von Haueter dem Domizilvermerk beigefügten Zusatzes „zahlbar an Heinrich von Tobel“ der Domizilvermerk nicht gegenüber dem Rekurrenten kraftlos sei, indem letzterer durch jenen Zusatz zu erkennen gegeben habe, daß er den Wechsel nur mit einer Einschränkung, nämlich ohne die Domizilirung, acceptire. Solche beschränkte, modifizierte Accepte sind sowohl nach der aargauischen als der luzernischen Wechselordnung (§ 22) zulässig und haben die Wirkung, daß der Bezogene nicht über den Inhalt seines Acceptes hinaus haftet. Nun lautet allerdings der Zusatz nicht, wie Rekurrent behauptet, „zahlbar bei Heinrich von Tobel“, sondern „zahlbar an Heinrich von Tobel“, und es ist daher einigermassen zweifelhaft, ob jenem Zusätze wirklich die Bedeutung einer Einschränkung der Annahme zukomme, zumal auch derselbe sich nicht bei der Annahmserklärung selbst, sondern an einer von der letztern entfernten Stelle befindet. Immerhin ist aber nicht mit völliger Klarheit dargethan, daß Rekurrent die Domizilirung des Wechsels nach Luzern acceptirt habe, und im Zweifel darf nicht auf einen Verzicht auf den verfassungsmäßigen Gerichtsstand des Wohnortes geschlossen werden.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die Beschwerde ist begründet und demnach der Entscheid der luzernischen Justizkommission vom 19. September 1878 sammt dem gegen den Rekurrenten in Luzern angeordneten Betreibungsverfahren als nichtig aufgehoben.

6. Urtheil vom 24. Jenner 1878 in Sachen
Meyer.

A. Am 30. März 1868 stellte F. S. Meyer, Telegraphist in Sitten, an die Ordre des Civilstandsbeamten Julius Rüegger in Luzern ein Billet für 260 Fr. aus, zahlbar den 30. Juni 1878 „bei Julius Rüegger in Luzern.“ Da dieses Billet zur Verfallzeit nicht eingelöst wurde, leitete Rüegger am 1. August